



**zusätzliches Mitglied**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

**sachkundige Einwohner**

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt

**Gäste:**

Herr Simon Wohlfahrt	Initiative Seebrücke Potsdam
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Katja Fisch	Bereich Soziale Wohnhilfen
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2020 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
  
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',  
Nummer 12: Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern  
Vorlage: 20/SVV/0041  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
- Wiedervorlage -
  - 4.2 Änderung der Stellplatzsatzung  
Vorlage: 19/SVV/1091  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -
  - 4.3 Statistik zur Wohnraumversorgung von Geflüchteten  
Vorlage: 19/SVV/1413  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -
  - 4.4 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe  
Vorlage: 20/SVV/0223  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
- Wiedervorlage -

- 4.5 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs  
Vorlage: 20/SVV/0441  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 4.6 Ausschusszuständigkeitsordnung  
Vorlage: 20/SVV/0514  
Fraktionen
- 4.7 Erstellung eines Gesundheitskompasses "Wie gesund ist Potsdam?"  
Vorlage: 20/SVV/0841  
Fraktion CDU
  
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Integrationsmonitoring 2019  
Vorlage: 20/SVV/0766  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.2 Vorbereitung einer Sozialen Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB für das Gebiet südöstlich des Hauptbahnhofs  
Vorlage: 20/SVV/0894  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 5.3 Bericht des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, 19. August 2020  
- Vorbereitung der Landeshauptstadt Potsdam auf einen signifikanten Anstieg von Infektionen mit SARS-CoV-2-Virus (sog. "2. Welle")
- 5.4 Maßnahmeplan zur Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0518 "Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"
- 5.5 Information zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0006 "Nutzungsgebühren für Gemeinschaftsunterkünfte und Übergangswohnungen"
- 5.6 Information zur Umsetzung des Beschlusses 19/SVV/0847 "Lebensmittelverschwendung verringern"
- 5.7 Mietspiegel 2020
  
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2020 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt zunächst die Niederschrift zur Sitzung vom 16.06.2020 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die Tagesordnung.

Er informiert, dass der TOP 4.2 „Änderung der Stellplatzsatzung“ (DS 19/SVV/1091) auf Wunsch des zuständigen Fachbereichs zurückgestellt werden soll, da eine Teilnahme an der heutigen Sitzung nicht möglich ist. Frau Vandre weist darauf hin, dass die Brandenburger Bauordnung derzeit überarbeitet wird. Wenn diese beschlossen ist, sollte die Stellplatzsatzung erneut aufgerufen werden.

Des Weiteren sollte der TOP 4.4 „Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (DS 20/SVV/0223) erneut zurückgestellt werden, da dazu im Herbst 2020 ein Werkstattverfahren durchgeführt werden soll. Herr Eichert schlägt vor, dass dazu auch das Bündnis für Wohnen einbezogen werden soll.

Die Tagesordnungspunkt 4.5 und 5.2 sollten zusammen behandelt werden.

TOP 4.3 „Statistik zur Wohnraumversorgung von Geflüchteten“ (DS 19/SVV/1413) soll auf Wunsch der Verwaltung bis Oktober 2020 zurückgestellt werden.

TOP 5.1 „Integrationsmonitoring 2019“ (DS 20/SVV/0766) soll erst aufgerufen werden, wenn Frau Grasnack anwesend ist.

Abschließend informiert Herr Adler, dass ein Antrag auf Rederecht für die Initiative Seebrücke Potsdam zum TOP 5.4 „Maßnahmeplan zur Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0518 – Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete“ vorliegt.

Gegen die Erteilung des Rederechts erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Adler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

**zu 3      Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Dr. Hardenberg informiert sich der **Seniorenbeirat** mit der Fortschreibung des Seniorenplans befasst hat. Der Sachstandsbericht und Maßnahmen zur Umsetzung liegen im Fachbereich Soziales und Inklusion vor.

Des Weiteren berichtet Herr Dr. Hardenberg, dass der 8. Altersbericht der Bundesregierung vorliegt und derzeit einer umfassenden Auswertung durch den Seniorenbeirat unterzogen wird.

Der Bericht des Seniorenbeirates wird als Anlage zur Niederschrift zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Pohle wird den Bericht des **Migrantenbeirates** schriftlich als Anlage zur Niederschrift nachreichen. Dieser wird dann zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Kiss weist darauf hin, dass die Aktivitäten des **Beirates für Menschen mit Behinderung** aufgelistet und als Tischvorlage ausgereicht wurden.

Frau Eifler fragt nach dem aktuellen Stand bezüglich des geplanten Mediationsverfahrens.

Frau Kiss erklärt, dass es noch keine Mediation erfolgt ist. Auch die Kosten sind noch nicht geklärt.

Frau Eifler bittet, das zu organisieren.

Herr Eichert fragt nach, ob von Seiten der Verwaltung dazu eine Aussage getroffen werden kann.

Frau Meier erklärt, dass die Kostenübernahme nicht das Problem ist. Da die Zuständigkeit bei Frau Trauth liegt, wird sie im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt nachfragen und die Information nachreichen.

Der Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderung wird zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 12: Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung fördern** **Vorlage: 20/SVV/0041**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
- Wiedervorlage -

Herr Jekel erklärt, dass der Antrag gemeinsam mit der Pro Potsdam GmbH umgesetzt werden soll. Die Gespräche dazu laufen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Adler den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

##### **Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam fördert Wohnformen für junge Menschen mit Behinderung (wie bspw. WGs für 8-10 Personen, mit Nachtbetreuung) unabhängig von einem öffentlichen oder privaten Träger und stellt Wohnraum bereit. Ziel ist es, geeigneten Wohnraum für ein gemeinsames Leben in einem wirklichen Zuhause zu ermöglichen und fremdbestimmte Isolation in Pflegeheimen zu vermeiden.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 4.2 Änderung der Stellplatzsatzung**

**Vorlage: 19/SVV/1091**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.3 Statistik zur Wohnraumversorgung von Geflüchteten**

**Vorlage: 19/SVV/1413**

Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.4 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

**Vorlage: 20/SVV/0223**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.5 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs**

**Vorlage: 20/SVV/0441**

Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -

Frau Vandre bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Eichert betont, dass das Geltungsgebiet recht groß ist. Er macht auch deutlich, dass in der Landeshauptstadt Potsdam Wohnungen gebaut werden sollen. Er äußert Zweifel, dass in dem Bereich bedrohliche Veränderungen erfolgen.

Herr Jekel verweist auf die Zwischenergebnisse des Grobscreenings. Es gibt bereits jetzt schon Anhaltspunkte dafür, dass es eine schützenswerte Bevölkerungsstruktur gibt.

Zur Abgrenzung des Gebietes wird im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses nochmal eine Prüfung erfolgen. Das Vorhaben, innerhalb der nächsten 12 Monate eine Satzung aufzustellen, ist für die Verwaltung sportlich.

Frau Vandre verweist Herrn Eichert auf Punkt 2 des Antrages.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass es sich hier zunächst um einen Untersuchungsauftrag handelt.

Herr Eichert macht deutlich, dass das RAW der Auslöser ist. Er fragt, wie viele Bewohner tatsächlich durch entsprechende Entwicklungen betroffen sein werden.

Herr Jekel erklärt, dass zunächst geprüft wurde, wie hoch der Anteil der Wohnungen der Genossenschaften ist. Überall da, wo dieser Anteil unter 60 % liegt, ist davon auszugehen, dass Verdrängung erfolgen kann.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Für das in Anlage 1 besonders gekennzeichnete Untersuchungsgebiet wird eine Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB aufgestellt.

Das von dem Aufstellungsbeschluss betroffene Untersuchungsgebiet ist in einem Übersichtsplan als Anlage dargestellt. Die Anlage 1 „Übersichtsplan–südöstlich des Hauptbahnhofs“ ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Die Zurückstellung von Baugesuchen gem. §§ 172 Abs. 2, 15 Abs. 1 BauGB soll von der Stadtverwaltung insbesondere bei Vorhaben geprüft werden, die mindestens eines der folgenden Merkmale aufweisen:

- Einbau eines zweiten Bades oder einer zweiten Dusche.
- Grundrissänderungen, die eine Veränderung der ursprünglichen Zimmeranzahl oder eine Veränderung der Wohnfläche, Verlegung und Neubau von Kammern, Schaffung von Wohnküchen und Veränderungen von bereits voll ausgestatteten Bädern beinhalten.
- Wohnungsteilungen und Wohnungszusammenlegungen, auch bei Zusammenlegung von bereits bestehendem mit neu geschaffenem Wohnraum (zum Beispiel Dachgeschoss-Maisonetteeinheit).
- Maßnahmen zur Energieeinsparung, die über die Anpassung an die baulichen oder anlagentechnischen Mindestanforderungen der EnEV an bestehende Gebäude und Anlagen hinausgehen.
- Schaffung von Balkonen, Loggien, Terrassen und Wintergärten.
- Schaffung von besonders hochwertiger Wohnungs- und Gebäudeausstattung, zum Beispiel Fußbodenheizung, Gegensprechanlage mit Videobildübertragung, Einbau eines Innenkamins, hochwertige Bad- und Küchenausstattung, bodentiefe Fenster.
- Schaffung von zur Wohnung gehörigen Stellplatzanlagen.
- Abriss von Wohngebäuden oder einzelnen Wohneinheiten.
- Die Nutzungsänderung von Wohnraum in Gewerbe.

3. Die Oberbürgermeister wird beauftragt, spätestens zur Stadtverordnetenversammlung im November 2020 für das Untersuchungsgebiet im Ergebnis der Detailuntersuchung zum Einsatz von Sozialen Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BauGB entsprechende rechtssichere Satzungsentwurf zum Beschluss vorzulegen.

Im Rahmen der Satzung ist die endgültigen Gebietsabgrenzungen vorzunehmen, da das Untersuchungsgebiet der Voruntersuchung auf der räumlichen Ebene statistischer Bezirke lief, es jetzt aber um die Abbildung konkreter Siedlungsstrukturen geht.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

#### zu 4.6 **Ausschusszuständigkeitsordnung**

**Vorlage: 20/SVV/0514**

Fraktionen

Herr Heuer bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **8**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

#### zu 4.7 **Erstellung eines Gesundheitskompasses "Wie gesund ist Potsdam?"**

**Vorlage: 20/SVV/0841**

Fraktion CDU

Frau Hayn stellt anhand einer Präsentation das Vorgehen vor. Dabei geht sie eingangs auf die Historie Gesundheits- und Sozialberichterstattung ein und weist darauf hin, dass der letzte Gesundheits- und Sozialbereich 2005 erstellt wurde. Seitdem gab es verschiedene Teilberichterstattungen. Die Vision ist, eine gesundheitsbezogene Lebensqualität für alle zu erreichen.

Zunächst muss ein zentrales Datenmonitoring erstellt werden. Die Berichtsformate sollen modernisiert und standardisiert werden. Eine Herausforderung ist, dass es im Gesundheitsbereich sehr viele verschiedene Sparten gibt. Mit dem vorhandenen Personal kann eine umfangreiche Berichterstattung nicht abgedeckt werden.

Der Paradigmenwechsel im Versorgungsprozess wurde bereits angeschoben. Hierbei handelt es sich um einen längerfristigen Prozess.

Eine Zielstruktur auf kommunaler Ebene wurde ebenfalls formuliert. Frau Hayn stellt die Zielstruktur kurz vor.

Herr Eichert bringt die Drucksache ein und begründet diese.

Frau Dr. Müller fragt, was der Stadt das Konzept bringt, wenn die Möglichkeiten, die Dinge anzugehen, sehr begrenzt sind. Sie weist darauf, dass die LHP laut Statistik eine hohe Arztdichte hat, kann sich aber an Debatten erinnern, dass in bestimmten Bereichen der Stadt bestimmte Fachärzte fehlten.

Frau Hayn erklärt, dass dies zunächst der Berichterstattung dient. Die Verteilung von Kassensitzen auf Sozialräume kann damit nicht beeinflusst werden. Die Wirkung kann jetzt nicht abgesehen werden.

Frau Meier weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits im Sinne des Antrages agiert.

Auf Nachfrage erklärt Frau Hayn, dass es derzeit vorwiegend Bundes- und Landesdaten sind, auf die zurückgegriffen wird. Es muss genau geprüft werden,

welche konkreten Daten benötigt werden, um gewisse Schlüsse zu ziehen. Es gibt im Gesundheitsamt viele standardisierte Verfahren, zu denen Daten vorliegen.

Herr Nolde spricht sie integrierte Gesundheits- und Sozialplanung an, die er für sehr sinnvoll hält. Er spricht den Rahmenplan Prävention auf Landesebene an und fragt, inwieweit die LHP dies im Blick hat. Es weist darauf hin, dass es im Bereich der Pflege es ein Programm zur Datenerhebung gibt.

Frau Hayn informiert, dass das bereits Programm genutzt wird. Sie betont, dass die Prävention als sehr wichtig in der LHP betrachtet und auch gut vorangebracht wird. Die integrierte Planung wird aus ihrer Sicht befürwortet.

Herr Otto macht deutlich, dass es aus seiner Sicht sehr schwierig ist, an die Daten heranzukommen, die gesundheitliche Situation abbilden.

Frau Eifler bittet, die Zielstellung des Gesundheitskompasses konkret zu formulieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftrag ein Konzept zur Erstellung einer Stadtauswertung zur gesundheitlichen Situation der Potsdamerinnen und Potsdamer und die daraus hergeleiteten Bedarfe im Bereich der Gesundheitsversorgung in Kooperation mit den Krankenkassen und privaten Versicherern auszuarbeiten und nach einem Zwischenbericht im Hauptausschuss final zu erstellen. Dieser Gesundheitskompass soll als Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse für die ambulante, teilstationäre und stationäre Gesundheitsversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam dienen und regelmäßig fortgeschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1        Integrationsmonitoring 2019**

**Vorlage: 20/SVV/0766**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Grasnick stellt das Integrationsmonitoring anhand einer Präsentation vor. Eingangs erklärt sie, wozu das Integrationsmonitoring erforderlich ist. Dann stellt sie die Berichtsstruktur vor. Sie verweist auf die Handlungsfelder und erläutert diese näher.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Vorbereitung einer Sozialen Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB für das Gebiet südöstlich des Hauptbahnhofs**  
**Vorlage: 20/SVV/0894**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Bericht des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, 19. August 2020 - Vorbereitung der Landeshauptstadt Potsdam auf einen signifikanten Anstieg von Infektionen mit SARS-CoV-2-Virus (sog. "2. Welle")**

Frau Meier informiert, dass der Verwaltungsstab ab dem 01.09.2020 einmal wöchentlich tagt. Bei Erforderlichkeit wird täglich getagt. Über die Sommermonate gab es wöchentlich eine sog. Lage.

Wichtiges aktuelles Thema ist die Vorbereitung des Eindämmungskonzeptes für die Kommune, um lokal vorgehen zu können. Dies wird insgesamt bundesweit so gehandhabt.

Das Infektionsgeschehen wird betrachtet und überlegt, welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Derzeit wird betrachtet, welche Maßnahmen der Vergangenheit wie gewirkt haben.

Ein entsprechendes Konzept wird erarbeitet und dem Hauptausschuss am 09.09.2020 vorgestellt.

Aktuell beschäftigen die Reiserückkehrer und teilweise Schulen und Kitas den Verwaltungsstab. Ab Oktober werden dann vermutlich die Studenten hinzukommen.

**zu 5.4 Maßnahmeplan zur Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0518 "Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"**

Herr Wohlfahrt (Initiative Seebrücke Potsdam) nimmt sein Rederecht wahr.

Er weist darauf hin, dass der Beschluss bundesweit positiv wahrgenommen wird. Das vorliegende Konzept ist aus seiner Sicht ambivalent. Es belässt es bei der zentralisierten Form des Wohnens. Laut Integrationskonzept sollte die Unterbringung der Geflüchteten in Wohnungen erfolgen.

Es sollen konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Wohnungen erarbeitet werden. Auch die Unterbringung von Familien wird als Problem gesehen.

Herr Wohlfahrt weist darauf hin, dass die Erteilung von Auszugserlaubnissen in der Verantwortung der Ausländerbehörde liegt. Dies wird im Konzept nicht erwähnt bzw. dargestellt.

Frau Fisch geht eingangs auf den Beschluss 20/SVV/0518 ein. Sie teilt mit, dass gemeinsam mit dem Migrantenbeirat, Frau Grasnack und den Einrichtungsleitungen die Umsetzung beraten wurde.

Sie stellt die Ausgangssituation dar und erläutert das Vorgehen anschließend gibt sie eine Übersicht über die geplanten Maßnahmen.

Für die Gemeinschaftsunterkunft Groß Glienicke wird zunächst geprüft, wie ein Umbau in Wohnungen in verschiedenen Größen mit Bad und Küche erfolgen kann. Gleiches erfolgt in der Gemeinschaftsunterkunft An der Pirschheide.

Drei Gemeinschaftsunterkünfte müssen aufgegeben werden, da die Verträge auslaufen.

Frau Fisch erklärt die Übergangsmaßnahmen für nicht wohnungsähnliche Gemeinschaftsunterkünfte. Sie weist darauf hin, dass das Aufstellen von

Sanitärcontainern und Küchencontainern lediglich ein Vorschlag aus der Arbeitsgruppe ist, der geprüft werden sollte und betont, dass bei den Prüfungen in alle Richtungen über den gesamten Markt hinweg gedacht wird. Es werden auch Gespräche mit den Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte geführt. Abschließend stellt sie die finanziellen Auswirkungen vor und erklärt, dass laut Aussage der Ausländerbehörde eine Auszugserlaubnis erteilt wird, wenn humanitäre Gründe vorliegen.

Frau Pohle dankt Frau Fisch im Namen des Migrantenbeirates und der Integrationsbeauftragten. Sie betont, dass man sich in einem Handlungsprozess befindet. Auf diesem Weg wird der Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration begleitet.

Die schriftlichen Hinweise des Migrantenbeirates und der Integrationsbeauftragten sind als Tischvorlage ausgereicht.

Sie betont, dass nach maximal 12 Monaten der Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft in eine eigene Wohnung erfolgen sollte. Die Geflüchteten müssen die Möglichkeit haben, sich eine eigene Wohnung zu erarbeiten. Seitdem die Entscheidung für die Auszüge bei der Ausländerbehörde liegt, ist die Zahl der Auszüge rasant abgefallen. Seit Dezember 2019 wurden lediglich 6 von 56 Anträgen auf Auszüge positiv beschieden.

Sie verweist auf Berlin, wo die Geflüchteten keine Genehmigung für den Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft benötigen.

Frau Meier betont, dass es im Land Brandenburg eine andere Rechtsgrundlage gibt. Entscheidend ist der Zugriff bei Abschiebungen. Sie betont, dass auch die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, wohnungslose Frauen und andere sozial benachteiligte Gruppen untergebracht werden müssen. Hier muss die gesamte Stadtgesellschaft betrachtet werden.

Herr Fröhlich begrüßt, dass es eine Zwischensituation gibt. Hier kann aus seiner Sicht aber noch nachgebessert werden. Die Verwaltung hat in sehr kurzer Zeit eine Bestandsaufnahme gemacht. Jetzt sollten Hinweise gegeben und Vorschläge unterbreitet werden. Es müssen auch Konzepte mit den Wohnungsunternehmen erarbeitet werden. Ein konkreter Zeitplan sollte entwickelt werden. Auch die Beteiligung der Stadtverordneten sollte zeitiger erfolgen.

Frau Vandre betont, dass Abschiebung kein Kriterium für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sein sollte. Vordergründig sollte es um die Integration der Menschen gehen. Sie bittet, dass sich der GSWI-Ausschuss regelmäßig mit dem weiteren Prozess befasst.

Frau Tietz betont, dass eine menschenwürdige Unterbringung wichtig ist. Welche gesetzliche Grundlage gibt es für die Rechtfertigung von Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, um die Zugriff bei Abschiebung zu haben?

Sie befragt, wie genau die Beteiligung der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte erfolgt.

Herr Eichert fragt, ob die Stadt eine Neuausrichtung der Wohnungsgesellschaft möchte.

Frau Meier erklärt, dass gemeinsam mit der Pro Potsdam GmbH das sog. Kompaktwohnen geprüft wird. Hier wird aktuell durch die Pro Potsdam GmbH geprüft, ob diese Kompaktwohnungen gefördert werden können. Wenn dies möglich ist, kann dies über WBS erfolgen. Rechnerisch ist vermutlich diese

Unterkunft preiswerter als die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit einer relativ kurzen Laufzeit.

Das Problem sind hier die Flächenkonkurrenzen. Diese Flächen fehlen dann für Kitas, Schulen etc.

Frau Meier betont, dass eine bestimmte Klientel in einer Struktur wohnen muss, in der der Zugriff möglich ist.

Herr Jekel betont, dass es gute Erfahrungen gibt, unterschiedliche Unterbringungsformen anzubieten. Weniger gute Erfahrungen gibt es mit den Gemeinschaftsunterkünften. Er betont, dass ca. 20 % der Geflüchteten in Wohnungen untergebracht sind. Wo es möglich ist, wird dies auch weiter verfolgt. Der Fokus liegt auf der Abschaffung der „echten“ Gemeinschaftsunterkünfte.

Frau Fisch ergänzt, dass es Gespräch mit den Trägern der Gemeinschaftsunterkünfte und mit den Betroffenen gibt. Die Betroffenen haben ein Mitspracherecht. Sie betont, dass die Wünsche und die Möglichkeiten zusammengebracht werden müssen.

Frau Meier schlägt vor, das Thema in die Arbeitsgruppe mitzunehmen.

#### **zu 5.5 Information zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0006 "Nutzungsgebühren für Gemeinschaftsunterkünfte und Übergangswohnungen"**

Frau Fisch informiert, dass die Gebührenkalkulation für Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete überarbeitet und dem Bereich Recht zur Prüfung vorgelegt wurde. Die Gebührenkalkulation wird dann der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Die Überarbeitung der Satzung ist zur Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung im März 2021 vorgesehen.

#### **zu 5.6 Information zur Umsetzung des Beschlusses 19/SVV/0847 "Lebensmittelverschwendung verringern"**

Frau Meier informiert, dass es am 20.08.2020 ein erstes Treffen mit den entsprechenden Akteuren stattgefunden hat. Sie benennt die Teilnehmer.

Ergebnis dieser Runde ist, dass Abnehmer und Abgeber von Lebensmitteln logistisch zusammengebracht und die rechtlichen Fragen geklärt werden sollen. Der sich in Gründung befindliche Ernährungsrat in Potsdam wird die Koordinierung übernehmen.

Frau Dr. Müller fragt, wann im GSWI-Ausschuss ein weiterer Bericht zum aktuellen Stand gegeben werden kann.

Frau Meier schlägt vor, den Ernährungsrat nach seiner Gründung in den GSWI-Ausschuss einzuladen.

#### **zu 5.7 Mietspiegel 2020**

Herr Jekel stellt anhand einer Präsentation den Mietspiegel der LHP vor. Er stellt die Entwicklung des Mietspiegelmittelwertes 2012 – 2020 vor.

Er betont, dass die Vertragsabschlüsse und Mietänderungen der letzte 4 Jahre im Mietspiegel vorgestellt werden.

Herr Eichert beim Neubau sind Steigerungen zu verzeichnen. Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um Preissenkungen im Neubaubereich zu erzielen.

Frau Meier erklärt, dass zunächst der Effekt betrachtet werden. Der ist den Genossenschaften zu verdanken. Preissenkend kann nur über die Art und Weise gewirkt werden, wie wir bauen.

Wie gehen wir mit der weiteren Baulandauslastung um. Damit muss sich die LHP befassen. Die Grundstückspolitik ist hier sehr wichtig.

Herr Heuer ergänzt, dass Entwicklungsgebiet ausgewiesen werden.

Herr Nolde weist darauf hin, dass auch Bestandsmieten aufgrund des Mietspiegels angepasst werden. Es sollte konsequent weiter daran gearbeitet werden, wie man die Mieten nicht weiter erhöht.

## **zu 6      Sonstiges**

Frau Grasnick verweist auf den Beginn der Integrationswoche 2020 und auf die Verleihung des Integrationspreises. Aktuelle Informationen zum Programm sind auf [Potsdam.de](http://Potsdam.de) zu finden.

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 29. September 2020, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**